



# HESSISCHER LANDTAG

29. 07. 2022

ULA

## Berichts Antrag

**Gerhard Schenk (AfD), Klaus Gagel (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD),  
Andreas Lichert (AfD) und Dimitri Schulz (AfD)**

### **Sicherung der Lebensmittelversorgung im Land Hessen**

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

#### **I. Selbstversorgung**

Die Mitglieder der EU verfolgen unterschiedliche Strategien zur Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln. In Deutschland gibt es Forderungen, durch einen hohen Selbstversorgungsgrad auch die Lebensmittelsicherheit zu erhöhen. Andere Länder haben dazu eine andere Präferenz: Großbritannien zum Beispiel will die Versorgung sichern, ohne dazu die Eigenproduktion zu erhöhen. Die Strategien sind dann die Anlage von Notvorräten, die Diversifizierung der Lieferanten, die Sicherung der Transportwege und insbesondere der Kühlketten.

1. Welche Strategie verfolgt die Hessische Landesregierung hinsichtlich der Sicherung der Lebensmittelversorgung?
2. Wie hoch war der Selbstversorgungsgrad in Hessen im Jahre 2021 bei den wichtigsten Lebensmitteln?

#### **II. Zuständigkeit in der Landesregierung**

3. Welche Ministerien in Hessen haben die Verantwortung für die Ernährungssicherheit?
4. Welche Behörden nehmen Aufgaben der Ernährungssicherung wahr?
5. Welche wesentlichen Änderungen hat die Landesregierung aufgrund der Folgen des Ukrainekriegs am System der Ernährungsvorsorge vorgenommen?
6. Auf der informellen Videokonferenz der Agrarminister der EU vom 02.03.2022 wurden Maßnahmen zur Steigerung der Ernährungssicherheit erörtert. Ein Schwerpunkt war die Förderung der Nutzung von Brachland für Eiweißpflanzen. Auf dieser Konferenz wurde auch beschlossen, „die Nahrungsmittelsouveränität zu einem Teil der EU-Agrarpolitik zu machen“. Inwieweit stimmt die Landesregierung den Beschlüssen dieser Konferenz zu?

#### **III. Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG).**

Das ESVG regelt die Maßnahmen des Staates zur Abwendung und Bewältigung einer Krise in der Lebensmittelversorgung. Die Maßnahmen und Ermächtigungen dieses Gesetzes gelten sowohl für militärische als auch zivile Krisen. Das Gesetz trat im April 2017 in Kraft.

7. Hat die Landesregierung Ausführungsbestimmungen zum ESVG erlassen?
8. Hat die Landesregierung bereits Vorschriften gemäß ESVG §14 „Selbstschutz“ erlassen oder plant sie solche?
9. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bezüglich ESVG §14 (2) zur Information der Bevölkerung über private Vorsorgemaßnahmen bisher umgesetzt?

#### 10. Vorsorgepflichten

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt eine private Ernährungsvorsorge, hat aber keine rechtlichen Vorsorgepflichten eingeführt. Hält die Landesregierung den Erlass von Vorsorgepflichten seitens des Bundes oder des Landes Hessen für sinnvoll?

11. In welchen anderen Bundesländern besteht bereits eine Verpflichtung zur Vorratshaltung von Lebensmitteln in Privathaushalten?

#### IV. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

Zum Zwecke der staatlichen Ernährungsvorsorge lagert die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in der zivilen Notfallreserve (ZNR) Reis, Hülsenfrüchte und Kondensmilch sowie in der "Bundesreserve Getreide" Weizen, Roggen und Hafer.

12. In welchem Umfang ist die Landesregierung finanziell an der zivilen Notfallreserve (ZNR) beteiligt?

13. Welche Mitwirkungsrechte hat die Landesregierung bei der Vorratspolitik der BLE?

14. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Vorratshaltung der BLE?

15. In welchem Umfang betreibt die BLE Lager im Land Hessen und in welchem Umfang ist die Landesregierung in die Standortsuche und den Betrieb eingebunden?

16. Die Bundesanstalt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist auch die zuständige Bundesbehörde für Fragen der Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung. Wie steht die Landesregierung zur Empfehlung der BBK, Notvorräte von Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs in jedem Haushalt anzulegen?

17. Welche Hessischen Behörden haben Zugriff auf die von Amts wegen angelegten Nahrungsmittelvorräte und welche Behörden entscheiden über das Ausmaß der Reservehaltung?

18. Auf welchem Wege würden die Notvorräte im Falle einer Versorgungskrise verteilt, z.B. über das übliche Handelssystem, Bezugsmarken, öffentliche Ausgabestellen oder Ähnliches?

19. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung bei einer länger andauernden Nahrungsmittelknappheit zu ergreifen, z.B. die zur Nahrungsmittelproduktion nutzbaren Flächen durch Rodung von Wäldern, Entwässerung von Feuchtgebieten, Umwidmung von Naturschutzgebieten, Herausnahme von Flächen aus dem ökologischen Landbau zu erweitern?

#### V. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die Reform der GAP soll im Jahre 2023 in Kraft treten. Sie wird durch Flächenstilllegungen, durch Auflagen für die landwirtschaftlichen Betriebe sowie durch die im Rahmen der Klimapolitik verfügbaren Verteuerungen von Energieträgern die materiellen Kosten der landwirtschaftlichen Produktion erhöhen.

20. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die möglicherweise auftretenden Preishocks zu dämpfen?

21. Den Bürgern wird eine Vorratshaltung bei Wasser, Lebensmitteln und weiteren Artikel des täglichen Bedarfs empfohlen. Andererseits wird von Behörden von Hamsterkäufen abgeraten. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, die Vorratshaltung zu erhöhen, ohne dass es zu Hamsterkäufen bei den betroffenen Produkten kommt?

22. Preisanstieg bei Betriebsmitteln der Landwirtschaft  
Die Bundesregierung stellt in ihrer Antwort auf eine Anfrage der AfD (Bundestagsdrucksache 20/1469) fest, dass der Preisanstieg bei den Betriebsmitteln die Landwirtschaft vor große Herausforderungen stellt. Sollte Deutschland nach Ansicht der Landesregierung weiterhin eine Dekarbonisierung ohne Rücksicht auf Verluste in der Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung betreiben?

#### VI. Dünger

Stickstoffdünger wird durch eine Synthese aus Luft unter Einsatz von Erdgas gewonnen. Der Preis für Stickstoffdünger ist entsprechend den Preisen für Erdgas bis zum Zeitpunkt des Berichtsantrages sehr stark gestiegen. Die weitere Preisentwicklung ist unbekannt, aber besorgniserregend.

23. Welche Mengen von Stickstoffdünger werden in Hessen produziert und wie viel davon wird in Hessen eingesetzt?
24. In welchem Umfang ersetzt Naturdünger den durch Synthese hergestellten Stickstoffdünger bzw. inwieweit ist er in Hessen ersetzbar?
25. Wie können Deutschland und das Land Hessen genügend Stickstoffdünger zur Aufrechterhaltung einer ertragreichen Landwirtschaft sichern, z.B. durch Eigenproduktion oder Bevorratung?
26. Inwieweit ist eine Stickstoff-Düngung durch die Nutzung von Abfällen oder Abwässern, z.B. Kläranlagen möglich?

#### Phosphatdünger

Für Deutschland ist eine Rückgewinnung von Phosphat aus Abwässern oder Abfällen sinnvoll, weil Deutschland nicht über eigene Vorkommen von Phosphaten verfügt und das verfügbare Gesamtvorkommen der Erde erkennbar begrenzt ist. Daher hat der Gesetzgeber eine Rückgewinnung von Phosphaten ab 2029 zu einer Pflicht der Betreiber von Kläranlagen gemacht.

27. Wie hoch ist der durchschnittliche Verbrauch von Phosphat für die landwirtschaftliche Düngung in einem Jahr in Hessen?
28. Inwieweit ist das Land Hessen auf die ab 2029 erforderliche Rückgewinnung von Phosphat eingerichtet?
29. Welche Großversuche oder Erfahrungen gibt es zur Phosphatrückgewinnung, die den Stand der Technik darstellen?
30. Ließe sich eine Phosphat-Rückgewinnung mit einer Rückgewinnung weiterer Pflanzennährstoffe, insbesondere Stickstoff, verbinden? Welche Hindernisse gibt es bei der Rückgewinnung von Dünger z.B. aus Kläranlagen?
31. Welche Kosten werden nach Einschätzung der Landesregierung bei einer Phosphat-Rückgewinnung anfallen und wer müsste diese Kosten tragen?

#### Kalidünger

32. Wie hoch ist der durchschnittliche Verbrauch von Kalidünger für die landwirtschaftliche Düngung in einem Jahr in Hessen?
33. Wie hoch war die Produktion von Kalidünger in den letzten Jahren in Hessen?
34. Ließe sich die Produktion von Kalidünger in Hessen bei Bedarf wieder erhöhen?

### VII. Erdgas

35. Erdgas wird in landwirtschaftlichen Betrieben hauptsächlich zur Heizung eingesetzt. Inwieweit sind landwirtschaftliche Betriebe „geschützte Kunden“ im Sinne der Bundesnetzagentur?
36. Welche Behörden des Landes Hessen sind an den Entscheidungen über die Unterbrechung der Lieferung von Gas beteiligt?
37. Liegt ein ausgearbeiteter und abgestimmter Notfallplan für die Gasversorgung in Hessen bereits vor?
38. Hält die Landesregierung die Verfeuerung von Holz in Notzeiten für vertretbar, auch wenn dem Bedenken des Immissionsschutzes entgegenstehen?

### VIII. Verschiedenes

#### Agrartechnik

Zwei militärische Techniken mit unmittelbaren Anwendungen in der Landwirtschaft sind Fernerkundung und Drohnen. Die preiswerten Varianten der Fernerkundung sind auch agrarisch von Interesse: Die Nährstoffgehalte der Böden, die Wasserversorgung von Pflanze und Boden sowie der Reifezustand der Früchte lassen sich ohne prohibitiven Aufwand per Fernerkundung täglich feststellen. Die Ausbringung von Agrarchemikalien lässt sich mit Drohnen präzise und preiswert bewerkstelligen.

39. Welche grundlegenden agrartechnischen Neuerungen sind nach Einschätzung der Landesregierung in den nächsten Jahren zu erwarten?

40. Wäre eine allgemeine Ertragssteigerung der Landwirtschaft durch verbesserte Anbautechniken im Sinne der Precision Agriculture möglich?
41. Wie wird sich die Veränderung des Klimas in Hessen auf die Durchschnittsernten der wichtigsten Nahrungsmittel auswirken (Erhöhung der Durchschnittstemperaturen, Verlängerung der Niederschläge ins Winterhalbjahr)?
42. Die EU beabsichtigt, mit dem Instrument des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs (Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) die preislichen Vorteile einer Erzeugung von Stickstoffdünger außerhalb der EU abzuschöpfen. Wie beurteilt die Landesregierung diese Abgabe, die einer ansonsten unerwünschten Einfuhrabgabe ähnelt?
43. Die Bundesregierung hat zur Koordinierung der deutschen Anstrengungen für eine weltweite Ernährungssicherung eine Task Force Ernährungskrise eingerichtet, die vom BML geleitet wird. In welcher Weise ist die Landesregierung an dieser Task Force beteiligt?

Wiesbaden, 29. Juli 2022

**Gerhard Schenk**  
**Klaus Gagel**  
**Claudia Papst-Dippel**  
**Andreas Lichert**  
**Dimitri Schulz**